

Antrag

6.10: Atomkraft abschaffen jetzt!

Antragsteller*in: KjG-Bundesleitung

Antragstext

- 1 Der Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) fordert die Bundesregierung
2 auf, die Abkehr von der Atomenergie endlich konsequent anzugehen, um so unsere
3 Umwelt und auch die Bevölkerung vor den Folgen der Atomenergie zu schützen.
4 Eine weitere Unterstützung anderer Länder bei der Produktion von Atomenergie,
5 insbesondere wenn es sich dabei um sicherheitstechnisch höchst umstrittene
6 Reaktoren handelt, ist mit dem von der Bundesregierung beschlossenen
7 Atomausstieg und dem aktuellen Koalitionsvertrag nicht vereinbar. Daher gehören
8 zu einem konsequenten „Nein!“ zur Atomenergie für uns insbesondere folgende
9 Forderungen:
- 10 • Eine konsequente Umsetzung der Energiewende und der Vereinbarungen des
11 Koalitionsvertrages.
 - 12 • Eine sofortige Abkehr von der Atomenergie, auch durch den europäischen
13 Rat.
 - 14 • Eine stärkere Förderung von erneuerbaren Energien durch die Europäische
15 Union.
 - 16 • Die Stilllegung der deutschen Urananreicherungsanlage in Gronau und der
17 Brennelementefertigungsanlage in Lingen, um den Export von Brennstäben zu
18 beenden.
 - 19 • Das aktive Zugehen auf andere EU-Länder, in denen es bei der Abschaltung
20 von AKWs zu einer Versorgungsknappheit kommen könnte.
 - 21 • Die sofortige Abschaltung der Risikoreaktoren in der EU, insbesondere der
22 Atomkraftwerke Tihange, Doel, Fessenheim, Temelin und Kosluduj.
 - 23 • Die sofortige Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Aufgabe
24 von Anteilen, die der Bund an ausländischen Betreibern von
25 Atomkraftwerken hält, insbesondere von denen an Electrabel, dem Betreiber
26 der AKWs in Tihange und Doel.
 - 27 • Die Revision des Euratom-Vertrags oder dessen Abwicklung bzw. der Austritt
28 der Bundesrepublik Deutschland aus der Europäischen Atomgemeinschaft.
- 29 Der BDKJ-Bundesvorstand, die BDKJ-Diözesanvorstände und weitere Akteur*innen
30 bringen diese Forderungen aktiv in die Bundes- und Europapolitik ein.

Begründung

Die deutsche Bundesregierung hat nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima im Jahr 2011 den Atomausstieg in Deutschland beschlossen. Die Liste der Atomkraftwerke in Europa ist nichtsdestotrotz weiter lang und ein europaweiter Ausstieg, verbunden mit einem Umstieg auf erneuerbare Energien, ist nicht nur aus ökologischer Sicht sinnvoll, sondern auch um die europäische Bevölkerung vor einem atomaren Unfall zu beschützen.

Obwohl vielerorts (gerade in den Gegenden, in denen Risikoreaktoren in der Nähe stehen) durch Protestaktionen, Beschlüsse diverser Verbände und Gremien, Info-Veranstaltungen und mancherorts sogar die Ausgabe von Jod-Tabletten an die Bevölkerung eine durchaus große mediale Aufmerksamkeit gab, ist politisch vor allem in der Bundespolitik aus unserer Sicht zu wenig und vor allem zu wenig Ertragreiches geschehen. Es ist sogar so, dass der Bund durch Anteile am Betreiber der AKWs in Tihange und Doel, vom Weiterbetrieb finanziell profitiert und diese Anteile im vergangenen Jahr trotz zahlreicher Proteste sogar verdreifacht wurden.